

Der Deutsche Holzarbeiter.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag. — Redaktionschluss
Dienstag Mittag. — Zu beziehen durch alle
Postanstalten zum Preise von Mk. 1,50 pro
Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das
Organ gratis.

Redaktion und Expedition: Köln am Rhein,
Palmstraße 14. — Fernsprecher Nr. 7605. —
Inserate kosten die viergespaltene Petitzeile
30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen
der Jahrestellen kosten die Hälfte.

Dormwärts!

Was steht ihr da, die Hände
Starr liegend in dem Schoß.
Was stiert ihr an die Wände
Und trübt um euer Loß?
Auf, sich zur Tat entschlossen!
Vorwärts — Euch winkt ein Ziel!
Halt' keiner sich verdrossen,
Bis ankerfest sein Ziel.

Wer nicht mag Hand anlegen,
Der hat kein Recht auf Klage.
Den Feigen und den Trägen
Bleib': „Komm, was kommen mag.“
Der Mann, so fest wie Eisen
Denk selber sein Geschick.
Er wird den Spruch beweisen:
Vorwärts! — Doch nie zurück!

Ja vorwärts, aufwärts immer,
Das ist des Lebens Pflicht.
Und der ein Wicht, ein Schlimmer,
Der ander Ziel verflucht.
Die Erde kennt nicht Ketten,
Rastlos kreist sie die Bahn.
Das wären ihr Todesmetten
Wollt sie der Ruhe nach'n.

Wo bliebe da der Morgen,
Giebt an der Nacht er fest?
Wer wollt der Zukunft sorgen,
Nicht jeder seinem Nest?
Auf, sich zur Tat entschlossen!
Vorwärts — es winkt ein Ziel,
Halt' keiner sich verdrossen,
Bis ankerfest sein Ziel.

Paul Körber, Elberfeld.



Die Arbeiterbewegung in ihren Beziehungen zur Kultur.

Über dieses interessante Thema sprach in einer Versammlung der Kölner Mitglieder am 17. Oktober Kollege **Bredemann**, Sekretär des Gesamtverbandes. Wir geben nachfolgend in Kürze den Gedankengang des Vortrages wieder:

Das Streben des Arbeiterstandes — vor allem das gewerkschaftliche — wird außerordentlich verschieden beurteilt. Die offenen Gegner der Gewerkschaften sehen in diesem nur den Ausdruck rein egoistischer Motive seitens der Arbeiter. Der „Reißer der besitzlosen Klasse“ will angeblich durch die Gewerkschaften seine „Gier nach mühselosem Gewinn“ befriedigen. Gute Folgen werden nicht anerkannt. Vielmehr soll die Industrie geschädigt, durch öde Gleichmacherei das gesunde Streben und das Verantwortlichkeitsgefühl des Einzelnen erschüttert werden. — Die große Masse der Außenstehenden steht den eigentlichen Triebkräften der Arbeiterbewegung fremd, gleichgültig gegenüber. Sie weiß bestenfalls, daß die „unglückseligen Kerle“ sich zusammen tun, auch mal streiken. Auf äußerlichkeiten baut sich hier Kenntnis und Beurteilung des Arbeiterstrebens auf. — Auch in unseren eigenen Reihen ist noch manche Unkenntnis hinsichtlich der tieferen Beweggründe der Arbeiterbewegung anzutreffen. Die Gewerkschaft wird von manchem lediglich als das Mittel zur Erzielung augenblicklicher materieller Vorteile betrachtet. Sogar solche, die sich für die Sache der Arbeiterbewegung interessieren, sind in der Regel nicht imstande, die tieferen Beweggründe der Arbeiterbewegung anzutreffen. Die Gewerkschaft wird von manchem lediglich als das Mittel zur Erzielung augenblicklicher materieller Vorteile betrachtet. Sogar solche, die sich für die Sache der Arbeiterbewegung interessieren, sind in der Regel nicht imstande, die tieferen Beweggründe der Arbeiterbewegung anzutreffen.

So ist die Zahl der von dem eigentlichen Kern der Arbeiterbewegung Durchdrungenen noch verhältnismäßig klein. Und doch haben auch wir das größte Interesse an der Stärkung der Reihen unserer überzeugten Anhänger. Nur dann wird es möglich sein, auch in Zeiten weniger günstiger Wirtschaftsverhältnisse die Bewegung ungeschwächt zu erhalten. Überzeugte Kämpfer lassen sich durch eine vorübergehende Depression nicht entmutigen. Tragen wir also den Gedanken weiter in die Arbeitermassen, daß die Arbeiterbewegung unserer Lage eine Kulturbewegung in des Wortes weitestgehendem Sinne ist.

Was sind kulturelle Bestrebungen? Es sind solche, die die materielle und geistige Bervollkommnung der Gesellschaft zum Zwecke haben. Die Kulturaufgaben der Arbeiterbewegung sind bei dieser Zwecksetzung somit außerordentlich weitreichend. Zunächst materielle Hebung, Schaffung besserer

Lebensbedingungen, dann aber auch Pflege der geistigen Interessen, Veredelung des inneren Menschen und seiner Anschauungen. Solidaritätsgefühl, Opferinn, Sinn für das Gemeinsame, Interesse für alles Gute und Edle, kurz, die schönsten Tugenden muß die Bewegung in den einzelnen Gliedern zu entfalten suchen. Mit dem materiellen Aufstieg des Einzelnen muß die Entwicklung seines Geisteslebens konform gehen. Einer Arbeiterbewegung, die solcherart an ihren einzelnen Gliedern gearbeitet hat, wird es endlich auch gelingen, das große Ziel der Gesamtheit zu erreichen: den Arbeiterstand als vollberechtigtes Glied einzuordnen in den gesellschaftlichen Organismus.

Die deutsche Arbeiterbewegung ist kein einheitliches Gebilde, vielmehr ist sie das getreue Spiegelbild der großen, durch unser Volk ziehenden Geistesströmungen. Die Verschiedenartigkeit der Grundanschauungen bringt auch ganz naturgemäß eine voneinander abweichende Haltung zu den oben skizzierten Kulturaufgaben mit sich.

Da will vor allem die sozialdemokratische Arbeiterbewegung beachtet sein. Sie nimmt für sich in Anspruch, die einzige wahre Kulturbewegung unserer Tage zu sein. Die Haltung dieser Bewegung gegenüber dem Christentum ist der Beweis, daß man Jahrtausende alte Kulturmächte negieren, ja zerstören zu müssen glaubt — im Interesse sozialdemokratischer Kultur. Selbst bei peinlichster Herausfällung der guten Seiten an der sozialdemokratischen Bewegung kommt demgegenüber der objektive Beobachter unzweifelhaft zu dem Schluß, daß in kultureller Hinsicht hier nicht das gehalten wird, was man verspricht. Wer wollte es zwar leugnen, daß durch die Sozialdemokratie indirekt der wirkliche Kulturfortschritt gefördert worden ist? Das Umsichgreifen dieser Bewegung hat zweifellos manche Kreise an ihre Pflichten erinnert, und zu mühsamer Tätigkeit angepornt. Aber die sozialdemokratische Bewegung kann uns **bedürfen nicht den endlichen Aufstieg des Arbeiterstandes zu wahrer Kultur bewerkstelligen**, weil ihr die Grundlagen wahrer Kultur fehlen. Unter welchem Gesichtswinkel will die sozialdemokratische Bewegung betrachtet sein?

Die soziald. Bewegung hat ihre Grundlagen aufgebaut auf den anfänglichsten kulturunwürdigen Zuständen der mit Macht einsetzenden kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die Zeit wo nackter Egoismus die Glieder des neuen Arbeiterstandes zu schub- und wehrlosen Spielbällen machte, diese Zeit raubte unendlich vielen deutschen Arbeitern den Glauben an die Gesellschaft und die Gerechtigkeit derselben. Diese Zeit ließ auch in den sozialdemokratischen Theoretikern den Gedanken aufkommen, daß die Materie alles, die geistigen und sittlichen Anschauungen etwas Sekundäres seien. Unter Mißachtung dieser letzteren baut sich die angebliche Kulturbewegung der Sozialdemokratie auf. Wir sehen hier, daß der Teufel durch Behelub ausgetrieben werden soll. Dasjenige, was der damaligen Zeit den Stempel des Kulturunwürdigen aufgedrückt hatte — der alleinige Grundbesitz der Macht unter Leugnung höherer sittlicher Normen — nahm die sozialdemokratische Bewegung ebenfalls als Basis, um ihre Kulturbestrebungen darauf aufzubauen. Die Geschichte beweist jedoch an zahlreichen Fällen, daß auf einer solchen Grundlage sich keine wahre Kulturbewegung aufbauen läßt. Mit dem Evangelium des Materialismus hält man dauernd keine Massen zusammen. Neben den materiellen verlangen gebieterisch die geistigen Kulturwerte Beachtung. Tiefe, edle Beweggründe müssen vorhanden sein, um das Herz des Arbeiters zu heben, es anzuspornen zum Einsetzen des Besten im edlen Wettbewerb um eigene und Standeshebung. Wenn von irgend jemand die Richtigkeit dieser Gedanken erwiesen worden ist, so von der Sozialdemokratie selbst. Die heutigen Zustände innerhalb derselben rufen jedem, der hören will zu, daß die Grundlagen wahrer Kultur niemals ungestraft außer Acht gelassen werden dürfen. Warum stehen die sozialdemokratischen Baumeister angeblich wahren Menschentum sich innerlich fremd, haßerfüllt gegenüber? Weil kein einigendes Band unvergänglicher Ideale sie umschlingt, weil die Grundlagen der Bewegung bei weitem nicht ausreichen, um in brüderlicher Gesinnung das Höchste gemeinsam zu erstreben. Alles in allem: Die sozialdemokratische Bewegung ist nicht die wahre Kulturbewegung des Arbeiterstandes.

Die Girsch-Dunderische Arbeiterbewegung in ihren Beziehungen zur Kultur bedarf nicht vieler Worte. Die unerbittliche Logik bringt diese Gruppe mit Sicherheit zum Stillstand, ja zum Rückmarsch. Warum? Die ganze Arbeiterbewegung kristallisiert sich um materielle und geistige Interessen. Nun wollen wir die Girsch-Dunderischen die materiellen Interessen der Arbeiter fördern, bieten aber in geistiger Hinsicht nichts. Eine sog. Neutralität soll das geistige Defizit verdecken. Praktisch entwickelt sich die Sache nun so, daß auch der einzelne Arbeiter in den geistigen Kämpfen Stellung nimmt. Er wird nun ganz folgerichtig viel eher einer Gruppe sich anschließen, die sowohl seine materiellen wie auch seine geistigen Interessen wahrnimmt, wie einer

solchen, die einen wesentlichen Bestandteil seiner Interessen vernachlässigt. Das ist im letzten Grunde die tiefere Ursache dafür, daß die Girsch-Dunderische Arbeiterbewegung kein Magnet ist, um größere Massen deutscher Arbeiter an sich zu fesseln.

Die vielfach auftauchenden gelben Gründungen sind in kultureller Hinsicht durchaus wertlos. Sie müssen vielmehr als kulturhemmend angesprochen werden. Von interessierten Kreisen mit fragwürdigen Mitteln protegert, haben sie im Grunde genommen nur die Aufgabe, die vorwärtsstrebende Arbeitererschaft in ihrem kulturellen Aufstieg zu hemmen. Eine Unterstützung dieser Bewegung kommt praktisch auf Verrat an der eigenen Klasse heraus.

Auch die bekannte Fachabteilungsidee kann keineswegs unter den ohwaltenden Verhältnissen als kulturfördernd angesprochen werden — mag sie auch immerhin edlen Motiven entspringen. Durch übermäßige Bevormundung, durch ein Unselbständighalten der Arbeiter werden gewaltam die natürlichen Entwicklungskräfte unterbunden. Wenn ohne Rücksicht auf wirkliche Notwendigkeiten die Kräfte abgelenkt und in weisfremde Bahnen geführt werden, so bedeutet das nichts anderes wie den berechtigten materiellen Kulturbestrebungen der Arbeiter Hindernisse bereiten.

Der standesbewusste, vorwärtsstrebende deutsche Arbeiter wird in keiner der letztgenannten Gruppen seine Interessenvertretung suchen. Er geht nicht zuletzt von dem richtigen Grundsatz aus, daß der Stand, der nicht die Kraft hat seine Interessen selbständig wahrzunehmen, auch nicht fähig ist, im gegebenen Moment von seinen Rechten den richtigen Gebrauch zu machen.

In der christlichen Arbeiterbewegung unserer Tage sehen wir den vollendetsten Ausdruck der berechtigten Kulturbestrebungen des Arbeiterstandes.

Unsere christlichen Gewerkschaften sind die geeignetsten Instrumente, um die materiellen Kulturbedürfnisse des Arbeiters zu befriedigen. Es kann keineswegs den erstrebenswerten materiellen Kulturzustand darstellen, wenn innerhalb des volkswirtschaftlichen Organismus einerseits ein gewaltiger Ueberfluß, andererseits aber noch das Fehlen des Notwendigsten anzutreffen ist. Im einzelnen belegt Redner diesen Zustand mit Beispielen. Hier muß die materielle Kultur gefördert werden. Brot, Licht, Luft in ausreichendem Maße für alles was Menschenanlig trägt, das ist das Gebot des materiellen Kulturstrebens. Indem die materielle Kultur gefördert wird, dient man in außerordentlichem Maße den Erfordernissen geistiger Kultur. Wo die ersten noch im argen liegt, da ist erfahrungsgemäß auch der schlechteste Platz für die Pflege der geistigen Kulturgüter. Unter dem Kampf und der Sorge ums tägliche Brot sind in vielen Fällen die geistigen Interessen ersäuft. In den letzten Jahren ist es außerordentlich besser geworden in dieser Hinsicht. Und das Verdienst hierfür gebührt nicht in letzter Linie der unablässigen Arbeit unserer christlichen Gewerkschaften. Ihre Tätigkeit ist eine eminent kulturfördernde.

Nun ist die christliche Arbeiterbewegung ins Leben gerufen worden, weil die christlichen Arbeiter ihre Interessen verfolgen wollten unter Wahrung ihrer Ideale. Weil sie der Ansicht waren, daß besonders die größte Kulturmacht aller Zeiten, das Christentum, die stärksten Triebsfedern enthält auch für die Bestrebungen des Arbeiterstandes. Weil dieses Christentum von den hauptsächlichsten Teilen der schon vorhandenen Arbeiterbewegung geflissentlich beiseite geschoben wurde, daher die christliche Sonderbewegung. Wenn auch nun unsere Gewerkschaften durchaus keine religiösen oder kirchlichen Aufgaben zu erfüllen haben, die Mitglieder erhalten dennoch gerade aus ihrer christlichen Weltanschauung im Gegensatz zu der sozialdemokratischen die stärksten Anregungen, um sich im Interesse ihres Standes zu betätigen.

Die konfessionellen Arbeitervereine sind die direkten Stätten für die Pflege der geistigen Kulturgüter. Die christlichen Arbeiter wissen, daß auch ihr materielles Streben ihnen nur dann Befriedigung zu verleihen vermag, wenn daneben auch die Fragen gepflegt werden, die über das materielle Streben weit hinausgehen, dem suchenden, sehnen den Menschenherzen Aufschluß geben über die großen Fragen des menschlichen Seins, des Webers und Wohins? Das Christentum mit seiner überaus hohen Wertung des Menschen, mit seinen Geboten von Gerechtigkeit und Nächstenliebe, ist zweifellos die allgeeignete Grundlage für alle wahren Kulturbestrebungen des Arbeiterstandes.

Nach dem für die Sozialdemokratie so unglücklichem Verlauf der letzten Reichstagswahl schrieb die sozialdemokratische „Neue Gesellschaft“: „Wenn sie (die Gewerkschaften) sich von der ersten Betäubung erholt haben werden, wird ihnen die Welt entgittert, das armselige Leben vollends leer und öde erscheinen.“ Das ist die unferrosterklärung der materiellen sozialdemokratischen Kulturideale. Den Stürmen und Widrigkeiten des Lebens haben sie nicht Stand. Ewigleibgehall ist ihnen fremd. Wie anders steht unsere christl

Die Pflicht ruft jede Kollegin und jeden Kollegen zur Mitarbeit in der Aufklärung über die Aufgaben des Verbandes. Mitglieder, betundet eure Standesolidarität und Euer Selbstbewußtsein durch rege Opfertätigkeit! Einem in die Kleinagitation!

liche Arbeiterbewegung da. Im berechtigten Rahmen verfolgt sie — und mindestens ebenso erfolgreich wie die Sozialdemokratie — die materiellen Interessen, daneben auch satkräftigste Pflege der wahren, unvergänglichen Menschheitsideale. Redner schloß mit einem kräftigen Appell an jeden Einzelnen zu tatkräftiger Mitarbeit im Interesse der Verwirklichung unserer Ideale, hinweisend auf die Dichterworte:

Willst Gutes du und Schönes schaffen,
Das lebensvoll das Leben mehrt,
Mußt du dich ernst zusammenraffen
Und darfst nicht scheu'n der Arbeit Schwere.
Da hilft kein Schwärmen bloß und Hoffen,
Kein Traum von künftiger Entfaltung;
Rein, ringen mußt du mit den Stoffen
Und hart sie zwingen zur Gestaltung.

Internationaler Arbeiterschutz

Die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hielt am 26.—30. September ihre Generalversammlung in Lugan. Nach den vorgelegten Berichten hat sich die Vereinigung in den letzten zwei Jahren sehr günstig entwickelt; in England und den Vereinigten Staaten, wo bisher noch keine Sektionen bestanden, sind in den letzten Jahren solche gegründet worden. Es bestehen jetzt in 12 Ländern Sektionen mit einer Gesamtmitgliedszahl von 4260 gegen 1608 im Jahre 1901, dem Jahre der Gründung. Unter den Mitgliedern befinden sich eine große Anzahl Korporationen, die insgesamt 5 1/2 Millionen Arbeiter und Angestellte als Mitglieder zählen. Die Finanzlage der Gesellschaft, wie auch des internationalen Arbeitsschutzes hat sich wesentlich günstiger gestaltet. Bemerkenswert ist aus dem Bericht des Vorsitzenden Scherrer, Nationalrat in St. Gallen, daß in Schweden das Parlament das Verbot der Nachtarbeit für Frauen abgelehnt hat. Das Verbot der Nachtarbeit ist bekanntlich zwischen den einzelnen Regierungen auf der Berner Konferenz vor zwei Jahren beschlossen worden. Die schwedische Regierung hatte dementsprechend dem Parlament eine Vorlage gemacht, die jedoch auf den heftigsten Widerstand der Frauen selbst stieß. Alle Frauenkorporationen wandten sich gegen das Gesetz, insbesondere der Typographische Frauenklub und die sozialdem. Frauenkonferenz in Stockholm von 1907; infolgedessen wurde die Vorlage der Regierung abgelehnt. Es ist wohl die einzige Erscheinung in der Geschichte der Sozialpolitik, daß Frauen Gesetze bekämpfen, welche zu ihrem Schutze erlassen werden sollen. Der Hauptgrund der schwedischen Frauen für die Ablehnung der Regierungsvorlage war: „Wir wollen nicht in der Erwerbsmöglichkeit beschränkt sein, und das Gesetz richtet sich gegen unsere Hauptforderung der vollen Gleichstellung von Mann und Frau im Erwerbleben.“ Im übrigen bricht sich der internationale Arbeiterschutz auf Grund der Berner Konvention immer mehr Bahn, und in nicht allzuferner Zeit dürfen die noch ausstehenden Staaten der Konvention beitreten.

Die französischen Sektionen waren durch Delegierte vertreten. Als Delegierter der deutschen Sektion wohnte u. a. Kollege Giesberts-R. Gladbach den Verhandlungen bei. 17 Staaten hatten offizielle Vertreter entsandt. Nicht vertreten war abermals England.

Die Generalversammlung verhandelte über folgende Fragen, die in einer Spezialkommission vorbereitet wurden:

Nachtarbeit der Jugendlichen. Die Frage beschäftigt bereits mehrere Generalversammlungen; die letzte Versammlung in Genf setzte eine Spezialkommission ein, welche die Frage in den letzten Jahren eingehend studierte. Die von dieser Kommission angeordnete Resolution wurde mit einigen Abänderungen angenommen. Die französischen Vertreter veranlaßten in der Diskussion Änderungen, welche die Forderungen erheblich verschärfen. Die deutschen Vertreter wiesen demgegenüber auf die Gefahr hin, welche allzuhohe Forderungen für den internationalen Arbeiterschutz mit sich bringen. Die Versammlung schloß sich nicht von Gefühlen leeren lassen, sondern von der Erwägung wahrlicher Möglichkeiten. Eine internationale Vereinbarung in der Frage der Nachtarbeit der Jugendlichen werde offenbar auf große Schwierigkeiten stoßen; ohne Maßnahmen für bestimmte Gewerbe werde es offenbar nicht gehen.

Heimarbeit. In dem Problem, welche die internationale Vereinigung in Angriff genommen hat, gehört auch Heimarbeit. Bekanntlich stellt sich die Vereinigung auf den Standpunkt die Frage zu klären, Material zu sammeln und vor allen Dingen zu untersuchen, ob internationale Maßnahmen zum Schutze der Heimarbeiter überhaupt möglich sind. Die von der Versammlung angenommene Resolution enthält folgende grundsätzliche Forderungen:

1. Es erweist die Resolution von Genf, welche die Regierungen für die Heimarbeit ersucht, offizielle Unterstützung verlangt, Aufhebung der Steuerbefreiungen und der sozialen Befreiungen auf die Heimarbeit, positive Lohnbegrenzung usw. Ferner sollte untersucht werden, welche Zwänge der Hausindustrie in jedem Lande auf dem Weltmarkt mit den Produkten anderer Länder bestehen. Diese grundsätzlichen Forderungen werden erneuert und dann als grundsätzliche wichtige neue Forderungen die Errichtung von Arbeitsämtern.

Die Versammlung hat dafür, daß die höchste Lage in der Heimarbeit hauptsächlich aus den ungenügenden Lohnverhältnissen besteht, und daß darum in erster Linie Mittel zur Erhebung der Löhne anzustreben zu machen sind. In diesem Punkte

1. empfiehlt die Versammlung dringend die berufliche Organisation der Heimarbeiter, den Abschluß von Tarifverträgen und deren gesetzliche Anerkennung, wo das Gesetz diese Punkte noch nicht berücksichtigt;
2. ermahnt die Regierungen die Erklärungen zu prüfen, immerhin in ihrem Sinne ein Fest- und Steuerrecht zu schaffen und durch-

führbar wäre, welches den Richtern die Befugnis zur Annullierung und Bestrafung von Hunger- und Hungerlohnvereinbarungen gibt; 3. ermahnt die Regierungen die Sektionen:

- a) sich mit der Frage der Organisation von Lohnämtern zu befassen;
- b) in Fällen, wo die berufliche Organisation sich unwirksam erwiesen hat und wo die Verhältnisse es gestatten, ihre Regierungen einzuladen, unter etwaiger Benutzung der englischen Vorschläge die Einführung von Minimallöhnen in der Weise zu versuchen, daß paritätisch zusammengesetzte Lohnämter Lohnsätze aufstellen; ein derartiger Versuch wäre zunächst mit solchen Hausindustrien zu machen, in welchen die Durchführung am leichtesten ist und die betreffende Heimarbeit für den größten Teil der Arbeiter Hauptberuf ist;
- c) der Vereinigung über die erzielten Resultate Bericht zu erstatten; die englische Sektion wird insbesondere ersucht, über die etwaigen diesbezüglichen Erfahrungen in England ständig zu berichten.

4. Bei dem großen Umfange des Heimarbeitproblems hält die Versammlung es nicht für tunlich, sich jetzt mit den sämtlichen übrigen vorgeschlagenen Maßnahmen, insbesondere der Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Heimarbeit zu befassen, verzieht vielmehr die Untersuchung dieser Fragen auf eine spätere Versammlung.

Damit ist die Forderung der Lohnämter in den Vordergrund gestellt und gewissermaßen als Vorbedingung für den Heimarbeiterschutz gemacht. Auch diese Frage wird sich nicht so bald gelageberisch realisieren lassen. Aber sie bildet auf alle Fälle den Kernpunkt der Heimarbeitfrage, und man darf gespannt sein, was die einzelnen Sektionen in der Angelegenheit antage fördern.

Kinderarbeit. Die rege Diskussion über diese Frage ergab im allgemeinen den Eindruck, daß die internationale Vereinigung sich hier mit einem Problem beschäftigte, das infolge der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern recht schwierig zu lösen ist. Die angenommene Resolution beschränkt sich deshalb darauf, allgemein auszusprechen, daß die Kinderarbeit als erwerbsmäßige Beschäftigung zu „regulieren“ sei, und zwar sowohl in der Landwirtschaft wie auch im Gewerbe. Abholst verboten soll die Kinderarbeit werden bis zum vollendeten 14. Jahre in der Landwirtschaft bis zum 13. Jahre.

Der Maximalarbeitsstag. Die Frage des Maximalarbeitsstages wurde erstmalig auf der Generalversammlung in Genf grundsätzlich behandelt. Auch hier handelt es sich mehr darum, die Frage grundsätzlich zu klären und die einzelnen Länder zur Verfolgung derselben anzuhalten. Immerhin dürften auch internationale Vereinbarungen für einzelne Forderungen in späterer Zeit Aussicht auf Erfolg haben. Die angenommene Resolution erneuert zunächst die Genfer Beschlüsse über die Mäßigkeit des Maximalarbeitsstages und beauftragt von neuem das Erfordernis gesetzlichen Eingreifens zur Ausföhrung dieser Grundsätze.

Vollzug der Arbeiterschutzesetze. Zu dieser Frage lag ein Vorbericht des Arbeitsamtes vor, der sehr große Mängel aufwies. Deutschland hatte dagegen eine vorzügliche Arbeit von Professor Räßler in Nachen geliefert über die deutsche Gewerbeinspektion. Es ist von grundlegender Wichtigkeit für den internationalen Arbeiterschutz, wie die einzelnen Gesetze in den verschiedenen Ländern durchgeführt werden. Das Arbeitsamt wird deshalb beauftragt

- 1. seinen Vorbericht betreffend die Durchführung der Arbeiterschutzesetze zu vervollständigen. Dieser Vorbericht ist den Staatsregierungen und den Landesregierungen zur Prüfung zu unterbreiten.
- 2. Der fertige Bericht ist den Staatsregierungen zur Kenntnisnahme zu übersenden. Er soll in geeigneter Fassung und in verständlicher Weise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
- 3. Das Arbeitsamt wird beauftragt, über die eintretenden Änderungen in der Organisation des Vollzuges der Arbeiterschutzesetze fernesthin den Delegiertenversammlungen Bericht zu erstatten.

In der Debatte erklärt als Vertreter des Reichs Geh. Oberverwaltungsrat Fried unter Hinweis auf den Vorbericht, daß das deutsche Reich ernstlich gewillt sei, die Arbeiterschutzesetzgebung in vollem Umfange streng durchzuführen; das beweise schon die Tatsache, daß Deutschland nach dem Staatsbericht des Arbeitsamtes allein soviel Gewerbeaufsichtsbeamte habe, wie Desterreich, Frankreich, England, Belgien und die Schweiz zusammen genommen.

Behandlung der Ausländer bei Betriebsunfällen. Auch diese Frage hat bereits drei Generalversammlungen beschäftigt; diesmal lagen zwei Vertragsentwürfe von dem deutschen Regierungsrat Laß vor. Bekanntlich bestehen bereits zwischen den einzelnen Ländern Verträge über die Handhabung der Unfallversicherung. Im Verfolg der in Genf gefaßten Resolution spricht die Vereinigung für internationalen Arbeiterschutz den Wunsch aus, daß sowohl auf dem Wege der Landesgesetzgebung als durch Einzelverträge von Staat zu Staat oder durch ein allgemeines, internationales Übereinkommen, zu dessen Zustandekommen eine hohe Staatsregierung die Initiative zu ergreifen hätte, das Prinzip der Gleichberechtigung der Ausländer und Inländer in Bezug auf Betriebsunfälle zur Durchführung gebracht werde und zwar sowohl hinsichtlich des Umfangs der zu leistenden Entschädigungen als der Bedingungen für deren Gewährung.

Es sehr die Staaten im allgemeinen eine große Geneigtheit zeigen, solche Verträge abzuschließen, so löst diese Frage doch auf größere Schwierigkeiten, weil die grundlegenden Prinzipien der Unfallversicherung in den einzelnen Ländern zu verschieden sind. Folgende zwei Punkte sollen möglichst international und einheitlich geregelt werden: a) die Schuldfrage (das heißt im Sinne des deutschen Gesetzes, daß die Schuldfrage überhaupt ausgeschlossen wird für den Anspruch auf Unfallrente), b) unentgeltlicher bezogener und sachdienlicher Leistungen (ebenfalls nach dem Rechte der deutschen Gesetzgebung).

Gewerbliche Gifte. Hierzu haben im Auftrage der internationalen Vereinigung Professor Dr. Sommerfeld (Berlin), Professor Felix Huber (Luzern) und Professor Oliver (London) eine Liste der gewerblichen Gifte vorgelegt, mit gleichzeitiger kurzer Angabe ihrer schädlichen Wirkungen, eine recht fleißige und verdienstvolle Arbeit. In einer Resolution zur Phosphorfrage werden die einzelnen Länder aufgefordert, Einfuhrverbote für Säurelösungen, die aus weißem Phosphor gefertigt sind, zu erlassen. Ein solches Verbot würde den Ländern, die bis jetzt dem internationalen Phosphorverbot nicht beigetreten sind, den Beitritt erleichtern, weil sie ihre ablehnende Haltung mit der internationalen Konkurrenz begründeten.

Gemäß dem Antrag der niederländischen Sektion soll sich eine kleine Expertenkommission mit der Abfassung eines Berichts über die Caïssonarbeit (Wasser- und Laucherarbeiten in Räumen mit künstlicher Luftzuführung beschäftigen. Endlich beschloß die Versammlung auf Antrag Prof. Gahns-München, der namentlich bezüglich der Bleivergiftungen die Wichtigkeit eines Urlaubs für die Arbeiter betonte, daß die Frage der Gewährung von Ferien unter Fortzahlung des Lohnes dem Studium unterzogen werden solle.

Das war der letzte Beschluß der Versammlung, die ihr zweiter Vorsitzender, Dr. Sachanal, mit großer Umsicht und Energie geleitet hatte. Aus den Verhandlungsgegenständen geht schon hervor, welche ein umfangreiches und wichtiges Arbeitsgebiet die internationale Vereinigung sich gestellt hat. Mögen ihre Anregungen in allen Staaten eifrige Förderung finden.

Zur Reform der Arbeiterversicherung

Mit der Reform der Arbeiterversicherung soll nunmehr Ernst gemacht werden. Um Unterlagen hierfür zu gewinnen, hat der Staatssekretär des Innern Vertreter der verschiedensten an der Reform interessierter Gruppen für Ende Oktober zu im Reichsamt des Innern stattfindenden Sitzungen eingeladen. Die Verhandlungen sollen sich erstrecken auf die Reform der Krankenversicherung (innere und äußere Organisation sowie das Streitverfahren); die Umgestaltung der anderen Zweige der Arbeiterversicherung, und die Regelung der Verhältnisse der Krankenkassen zu den Zahnärzten und den Apotheken.

Zur Besprechung der Fragen über die Reform der Krankenversicherung sind geladen: Vertreter der Orts-, Betriebs- und Zunftkrankenkassen, der Knappschaftskrankenkassen, der freien Hilfskassen sowie der Rassenbeamten.

Den Verhandlungen über die Krankenversicherungsreform dienen folgende Fragen als Unterlage:

I. Wie ist bei einer Reform der Krankenversicherung die äußere Organisation der Krankenkassen zu gestalten? Wie ist dabei dem Bedürfnisse nach größerer Zentralisation Rechnung zu tragen?

Insbefondere:

- a) Ist die Gemeindekrankenversicherung als zulässige Form der Versicherung zu befestigen?
- b) Welche der nach dem Krankenversicherungsgesetz zugelassenen Kassenarten sind beizubehalten, welche zu befestigen?
- c) Inwieweit ist die Zentralisation namentlich der Ortskrankenkassen durch Gesetz vorzuschreiben, inwieweit für die Beteiligten nur zu erleichtern?
- d) Wie soll für den Fall des Zusammenschlusses die Auseinanderlegung zwischen den beteiligten Kassen (hinsichtlich des Vermögens, des Personals usw.) geregelt werden?
- e) Wie ist für die Folge das Verhältnis der eingeschriebenen Hilfskassen zu den Pflichtkassen des Krankenversicherungsgesetzes zu gestalten?

II. Welche Abänderungen bedarf die innere Organisation der Krankenkassen?

Insbefondere:

- a) In welchem Verhältnis sollen Rechte und Pflichten bei der Kassenverwaltung zwischen den Kassenmitgliedern und ihren Arbeitgeberern geregelt werden?
- b) Empfiehlt sich zur Schaffung eines Ausgleichs zwischen widerstrebenden Interessen beider Gruppen die Einsetzung eines unparteiischen Vorsitzenden?
- c) Ist durch gesetzliche Einföhrung der Verhältniswahl bei den Krankenkassen auch den Minderheitsgruppen eine ihrer Zahl entsprechende Vertretung zu sichern?
- d) Wie sind die Verhältnisse der Rassenbeamten zu regeln?

III. Wie ist das Verfahren und der Instanzenzug in Streitfällen der Krankenversicherung zu gestalten? Insbefondere ist eine Übereinstimmung mit dem Verfahren und dem Instanzenzuge bei den übrigen Zweigen der Arbeiterversicherung anzustreben?

An den Konferenzen über die Umgestaltung der anderen Zweige der Arbeiterversicherung werden teilnehmen: Vertreter der Landesversicherungsanstalten, und zwar sowohl beamtete Mitglieder als Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus den Vorständen; Vertreter der gewerblichen und der landwirtschaftlichen Unfallberufsgenossenschaften sowie als Vertreter der der Unfallversicherung unterliegenden Arbeiter eine Reihe nichtständiger Mitglieder des Reichsversicherungsamts.

Der Fragebogen für die Erörterung der letzteren Angelegenheiten enthält nach Ausführung einiger für die Reform der Arbeiterversicherung besonders in Betracht kommender Gesichtspunkte die nachstehenden Fragen:

- a) Wie ist der gemeinsame örtliche Unterbau (das „Versicherungsamts“) zu gestalten? Empfiehlt sich insbesondere seine Aufhebung an die untere Verwaltungsbehörde?
- b) Welche Aufgaben sind dem „Versicherungsamts“ zuwuzuführen? Soll es insbesondere neben solchen Aufgaben, die bisher staatliche oder kommunale usw. Stellen erledigten, dazu betraut werden, die Versicherungsträger auch in der Wahrnehmung gewisser ihrer eigener Geschäfte zu unterstützen oder sie dabei durch geschulten Ratgeber zu vertreten. Befürwortendfalls, welche Aufgaben der Versicherungsträger Komites dabei in Betracht kommen?

Vertrauensmänner! Die Zeit der Arbeit ist gekommen, die Zeit der Agitations- und Aufklärungstätigkeit. Belehret die Unwissenden, befehligt die Zweifelnden und Schwankenden! Nicht Zeitungsträger sollt ihr sein, sondern Geistessträger!

e) Wie ist die mittlere Instanz (das „Oberversicherungsamt“?) zu gestalten? Empfiehlt sich insbesondere ihre Anlehnung an die Verwaltungsbehörde unter gleichzeitiger Übertragung der... den Schiedsgerichten obliegenden Aufgaben?

d) Empfiehlt es sich, dem Oberversicherungsamt einen Teil derjenigen Verwaltungsentscheidungen zu übertragen, für die gegenwärtig das Reichsversicherungsamt zuständig ist (z. B. in Katasterangelegenheiten, bei Tarifbeschwerden und dergl.), unter Vorbehalt der Revisionsbeschwerde an letzteres (d. h. der Beschwerde für Rechts- und grundsätzliche Lastfragen)?

e) Wie kann bei rechtlich erzwingbaren Ansprüchen der Betroffenen unter Wahrung des Rechtes des Versicherungssträgers, zu eigenen Ansprüchen an sein Vermögen zunächst selbständig Stellung zu nehmen, dem Alle der Rentensatzung mehr als bisher der Charakter einer wirklichen ersten Instanz gegeben werden? Soll insbesondere das Reichsversicherungsamt berufen sein, die Entscheidung vorzubereiten? Ist seiner amtl. Meinung für die Aufhebung die Bedeutung eines bloßen Gutachtens beizulegen oder darüber hinaus die eines Vorschlags, der für den Versicherungssträger zwar nicht bindend ist, über den er sich aber auch nicht ohne weiteres hinwegsetzen darf?

f) Wie ist der Instanzenzug für das Rentensatzungsverfahren zu gestalten?

Bei der Besprechung der Verhältnisse der Krankenkassen zu den Zahnärzten und Apothekern wird es insbesondere darum handeln, ob bei der Behandlung von Zahnkrankheiten neben den Zahnärzten auch die Zahntechniker gleichmäßig allgemein für die Krankenkassenmitglieder zugelassen sind; ob die freie oder die beschränkte Apothekermahl gesetzlich festzulegen ist und ob den Krankenkassen in besonderen Fällen die Einnahme bestimmter Heilmittel aus den Drogerien gestattet ist. Auch wird die Frage des Selbstdispensierens der Krankenkassen berührt werden können. — In diesen Verhandlungen werden zugezogen: Vertreter der Krankenkassen, Zahnärzte, Zahntechniker, der Apotheker und der Drogeristen. In allen Konferenzen werden außerdem teilnehmen: Vertreter des Reichsversicherungsamts, der Landesversicherungsämter, des Kaiserlichen Gesundheitsamts sowie der Reichs- und Landeszentralbehörden.

Die vom Reichsamt des Innern gestellten Fragen sollen etwa ein bindendes Programm der Regierung darstellen, von dem Kreis der zu besprechenden Fragen beschränkt; sie vielmehr lediglich dazu bestimmt, einen vorläufigen Anstoß für den äußeren Gang der Verhandlungen zu bieten. Die Erörterung weiterer die Reform der Arbeiterversicherung betreffender Einzelfragen grundsätzlicher Art soll jedenfalls mit der Aufstellung dieser Fragen nicht abgeschlossen sein.

Krise und Arbeitslosenfürsorge.

Ein gutes Jahr dachte es jetzt her sein, daß die wirtschaftliche Krise von Amerika her ihren Weg nehmend, sich über die hauptsächlichsten europäischen Industrieländer hinweg, um hier dann in den folgenden Monaten mit aller Gewalt einzulassen. Mühte man auch nach den bisherigen Erfahrungen unserer Wirtschaftsentwicklung darauf gefaßt zu sein, daß auf den Zeitraum stärkster Anspannung unserer Produktivkräfte in Industrie und Handel ein Abflauen nicht ausbleiben konnte, so kam die jetzige Krise doch unerwartet schnell und dürfte in ihrer Intensität einen gewissen Grad der Ueberraschung bei den Betroffenen sicherlich berechtigt mit sich nehmen lassen.

Gerade der Umstand des schnellen Eintretens drückt momentan die Krise ihr charakteristisches Gepräge auf: menschenfressend auch ihre Folgen, speziell auf dem Arbeitsmarkte. Wenn man auch vielfach, um Arbeiterentlassungen zu verhüten, dazu überging, durch Arbeitszeitverkürzung die Produktion einzuschränken und den Warenmarkt von weiteren Zufuhren freizuhalten, so war eine Verminderung der Arbeitskräfte in den industriellen Betrieben doch nicht immer zu umgehen. Eine Behebung der Produktionslust ist in der nächsten Zeit noch kaum zu erwarten, andererseits wirkt im Winter erfahrungsgemäß eine Reihe von Arbeitskräften den Markt, für die der Sommer für gewöhnlich regelmäßige Beschäftigung zu haben pflegt.

All die Nachteile, welche die Arbeitslosigkeit sowohl für den einzelnen wie für die Gesamtheit, für den Staat und für die allgemeine Wohl nach sich zieht, ausführlicher auseinanderzusetzen, dürfte an dieser Stelle wohl überflüssig sein. Wesentlich des einzelnen sowie seiner Familie sei hingewiesen auf den Mangel an Brot und den sonstigen notwendigen Lebensbedürfnissen, im Gefolge davon auf die Ernährungs-, Krankheits- und Not. Die Arbeitslosigkeit führt aber auch intensiv die große Deffektivität. Das heißt, seine Arbeitskräfte trotz des besten Willens nicht ansetzen zu können, in voller Kraft dem Glend und der Not hilflos gegenüberstehen zu müssen, löst erklärlicherweise Verzweiflung aus und gibt den besten Nährboden ab für destruktive Streikbewegungen radikaler Art, die der öffentlichen Ordnung, dem ruhigen Gang der Staatsmaschine und der Fortentwicklung des Gemeinwesens ganz gewiß nicht von Nutzen sind. Abgesehen davon, daß durch die Arbeitslosigkeit die Gemeinden finanziell belastet werden, sollte schon der letzter genannte Umstand dieselben veranlassen, durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit den schlimmsten Folgen der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten. Das kann einmal geschehen auf dem Wege der sogenannten Notstandsarbeiten, sodann aber vor allem auf dem Wege freier Arbeiten. Die Gelegenheit kann, soweit das Wetter es z. B. erlaubt, Arbeiten, vielleicht erst im Frühjahr dringend werden, schon jetzt unter herstellten lassen und somit einer Reihe arbeitsloser Hände Beschäftigung und deren Familien Brot beschaffen könnte sie jetzt schon Aufträge verteilen, deren

Erledigung in Zeiten starker Beschäftigung oft lange auf sich warten läßt, die jetzt aber in aller Ruhe fertiggestellt werden und nicht bloß die Arbeiter, sondern auch die Handwerker über die schlimmsten Zeiten der Krise hinweghelfen können.

Nach dieser Richtung hin die Gemeinden an eine Art sozialer Pflicht zu erinnern, ist Sache der Arbeiterorganisationen. Sie müssen die große Deffektivität über den Umfang der Arbeitslosigkeit sowie deren schlimmen Folgen zu informieren suchen, und um dazu die Unterlagen zu gewinnen, Arbeitslosenzählungen veranstalten. Da erfahrungsgemäß die Arbeitslosigkeit in den größeren Städten ausgedehnter zu sein pflegt als in den mittleren und kleineren, müssen die Zahlstellenleitungen die jüngeren unverheirateten Mitglieder auffordern, die Großstädte zu verlassen, um hier den Arbeitsmarkt im Interesse der verheirateten Kollegen zu entlasten.

Sollen die Maßnahmen zur Binderung der Arbeitslosigkeit von Erfolg sein; so ist es notwendig, daß sie rechtzeitig vorbereitet werden. Deshalb dürfte wohl die Mahnung berechtigt sein, schon jetzt der Frage der Arbeitslosigkeit im Winter die volle Aufmerksamkeit zuzuwenden!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 49. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. Okt. bis 24. Oktober 1908 fällig ist.

Die Abrechnungen vom 3. Quartal sind umgehend an die Zentrale einzusenden.

Die Formulare B und C sowie ein Formular A soll an die Zentrale, ein weiteres Formular A an den Bezirkssekretär gesandt werden.

Die genaue Ausfüllung der Unterstützungsformulare wird den Kollegen nochmals zur Pflicht gemacht. Insbesondere sind genaue Angaben über die Dauer der Mitgliedschaft erforderlich. Bei Reiseunterstützung vergesse man nie, die zurückgelegte Strecke und bei Krankenunterstützung die Art der Krankheit anzugeben.

Das Mitgliedsbuch Nr. 40 855 auf den Namen Carl Schaal lautend, ist verloren gegangen und wird für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralkasse jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Zugzug ist fernzuhalten

- von Schreibern nach Lünen (Höfcher), Schreibern, Polierern und Drehschleppern nach Lauterbach-Schwarzwald (Haberstroß), Stahlmacher, Drehschleppern, Polierern nach Coesfeld (Büding), Bürstenhölzlermacher, Bohrer, Drehschleppern: Brandenburg b. Lobtau (F. S. Kiefer und Josef Böhrer), Sägen: Lüdinghausen (Rieshoff), Bildhauer: Schönlanke (Steinhagen und Hirscher).

Berichte aus den Zahlstellen.

Münster. Ein Krankenkassen-Vertretertag findet auf Beschluß des Vorstandes der christlichen Gewerkschaften Münsters am Mittwoch, den 18. November (Feiertag) hier selbst statt. Die Verhandlungen beginnen nachmittags 2 1/2 Uhr im Arbeitervereinsaal, Schillerstraße 46. Das Referat über Reform der Arbeiterversicherungsgesetze hat Herr Volksbürovorsteher Dieckmann-Glabach übernommen. Zweck der Konferenz ist, der Deffektivität die Wünsche der Arbeiter zu dieser Reform zu unterbreiten. Ohne eine bestimmte Grenze zu ziehen, sind vornehmlich die Rassenvorstände usw. des Regierungsbezirkes Münster eingeladen. Ueber Entsendung von Vertretern, sowie über Kosten für Fahrt und Speisen verständigen sich zweckmäßig die konfessionellen Vereine und christlichen Gewerkschaften.

Bergolder.

Düsseldorf. Unsere Sektion der Bergolder hielt am 11. Okt. eine gut besuchte Generalversammlung ab. In der Sektion, die jetzt auf ein zweijähriges Bestehen zurückblicken kann, hat sich seit der Gründung die Mitgliederzahl verdoppelt. Es ist dies dem herrschenden regen Leben dem eifrigen Mitarbeiten der Kollegen zu verdanken. Die Mitglieder werden auch nicht eher ruhen bis auch der letzte christlich gesinnte Kollege für die Sektion der Bergolder im Verband christlicher Holzarbeiter gewonnen ist. Bedauerlicherweise ist ja Düsseldorf die einzige Zahlstelle, wo die Bergolder zu einer Sektion zusammen geschlossen sind. Nachweislich gibt es aber noch genug andere Städte, wo dieses geschehen könnte. Wir richten daher an die Kollegen dieser Städte die dringende Bitte, doch endlich dafür zu sorgen, daß auch dort die Bergolder zu Sektionen zusammen geschlossen werden.

Gewerkschaftliches.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften im Jahre 1907. Das Korrespondenzblatt der „freien“ Gewerkschaften veröffentlicht in seiner Nr. 36 den Jahresbericht für 1907. Danach betrug die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1906 1 689 709, im Jahre 1907 dagegen 1 865 506, sodaß also eine Zunahme von 175 797 Mitgliedern zu verzeichnen ist. (Die christlichen Gewerkschaften zählen 274 323, die Kirch-Dunkerischen 108 889, die nicht dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften

angeschlossenen christlichen Verbände 80 437, die übrigen unabhängigen Organisationen 96 684 Mitglieder, sodaß die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Deutschland 2 446 300, also fast 2 1/2 Millionen beträgt).

Von den 61 Verbänden, die an der sozialdemokratischen Statistik beteiligt sind, hatten 40 eine Mitgliederzunahme, 21 dagegen einen Rückgang zu verzeichnen. Es nahmen zu die Metallarbeiter um 24 365, Textilarbeiter 14 908, Fabrikarbeiter 13 670, Transportarbeiter 7 177, Brauereiarbeiter 4575, Buchdrucker 4067 usw. Der Verlust betrug bei den Bauhilfsarbeitern 11 146, Holzarbeitern 4225, Maurern 2955, Labalarbeitern 2830, Schneidern und Wäschearbeitern 830 usw.

Die Zahl der Verbände ist infolge des Anschlusses von fünf Verbänden an größere Organisationen von 66 auf 61 gesunken und zwar schlossen sich die Konditoren dem Bäckerverband, die Buchdrucker Elsass-Lothringens dem deutschen Buchdruckerverband, die Graveure und Biseleure dem Metallarbeiterverband, die Bergolder dem Holzarbeiterverband und die Wäschearbeiter dem Schneiderverband an.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 118 908 im Jahre 1906 auf 136 929, d. h. um 18 019. Dieselben verteilten sich auf 35 Verbände. Die größte Zahl der weiblichen Mitglieder hat der Textilarbeiterverband mit 44 277. Es folgen die Metallarbeiter mit 14 693, Labalarbeiter mit 14 182, Fabrikarbeiter mit 12 121, Buchbinder mit 8841.

Die Kassenverhältnisse der sozialdemokratischen Gewerkschaften zeigen folgendes Bild. Die Gesamteinnahmen betragen 51 396 784 Mark, die Gesamtausgaben 43 122 519 Mark. Der Vermögensbestand beläuft sich auf 33 242 545 Mark. In Beiträgen von männlichen Mitgliedern werden erhoben in: einer Organisation 15—20 Pfg., sieben Organisationen 21—30 Pfg., 15 Organisationen 31—40 Pfg., 23 Organisationen 41—50 Pfg., 15 Organisationen über 50 Pfg. pro Woche. Die Ausgaben verteilen sich auf Streikunterstützungen 13 196 363 Mark, Gesamtergebnis: 1 010 045 Mark, Arbeitslosen: 6 527 577 Mark, Krankenunterstützung 3 482 822 Mark, Agitation 2 271 271 Mark, Verbandsorgan 1 878 392 Mark usw.

Bei den Mitteln, die den sozialdemokratischen Organisationen zu Gebote stehen, werden diese auch in Zukunft das Menschenmögliche in der Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder zu leisten suchen. Das muß auch für die christlichen Arbeiter ein Ansporn sein, nach Kräften für den Ausbau der christl. Gewerkschaften tätig zu sein.

Seltene sozialdemokratische Gewerkschaftsfreunde. Den „freien“ Gewerkschaften sind die radikalen „Genossen“, obwohl jene es an sozialistischer Gesinnung eigentlich niemals haben fehlen lassen, von jeher nicht übermäßig grün gewesen. Von der gewerkschaftlichen Tätigkeit befürchteten sie nämlich eine Verwässerung des unentwegten Klassenkampfes, die Gefahr einer Auslöschung der Arbeiter mit der heutigen Gesellschaftsordnung, und deshalb unterließen sie es nicht, die Bedeutung der Gewerkschaften in der Deffektivität möglichst gering hinzustellen — wenn nicht herabzusetzen — und den Arbeitern als den einzigen wirksamen Reiter die Partei zu empfehlen. Wenn nun seit dem Mannheimer sozialdem. Parteitag darin ein gewisser Wandel eingetreten ist, die Partei die Gewerkschaften als gleichberechtigten Teil der sozialdem. Arbeiterbewegung anerkannt hat, so geschah das nicht etwa der schönen Augen der Gewerkschaften wegen. Sie machte vielmehr aus der Not eine Tugend! Die Gewerkschaften waren eben zu stark und zu einflussreich geworden, als daß sie sich auf die Dauer die Unterordnung unter die Partei hätten gefallen lassen. Und da ohne die Gewerkschaften die Partei mehr ein Rahmen ohne die gehörige Füllung ist, erkannte sie in Mannheim dieselben als gleichberechtigten Faktor an. Dafür übernahmen erstere dann die Aufgabe, ihre Mitglieder mit sozialistischem Geiste zu erfüllen und somit die Rekruten für die Partei heranzuziehen und auszubilden. So ist eine gewisse Einheit zwischen „freien“ Gewerkschaften und der Partei hergestellt. Unter dieser Decke der Einheit kommt aber doch immer wieder — genau wie früher — der recht wenig gewerkschaftsfreundliche Herdeseuß der radikalen „Genossen“ hervor in Gestalt von Artikeln in der sozialdem. Parteipresse, die die Erfolge der Gewerkschaften in den Augen der Mitglieder zu verkleinern suchen und ihnen von „Grenzen der Gewerkschaftsbewegung“ vorreden, denen gegenüber die sozialdem. Partei in ihrer Aktionsfähigkeit unbehindert und für den „Emancipationskampf des Proletariats“, wie die Phrase immer heißt, ungleich wichtiger, ja ausschlaggebend sei.

Auf einen solchen Fall macht in seiner neuesten Nummer (43 vom 17. Okt.) der „Proletarier“, Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, aufmerksam. Die Art und Weise, wie derselbe diesen Fall behandelt, ist um so bemerkenswerter, als der „Proletarier“ selbst zu der am weitesten links stehenden Gewerkschaftspresse gehört und eher zu einem gewissen Radikalismus hinneigt, als zu dessen Gegenteil. Der „Proletarier“ wendet sich gegen einen Artikel, in welchem versucht wird, die Berelendungstheorie zu Ehren zu bringen, und in dem es heißt:

Daß die Feuerung der Lebensmittel nicht ausgeglichen wird durch Erhöhung der Arbeitslöhne, so daß die Lebenslage der Arbeiter tatsächlich gesunken, elender geworden ist, trotz der Hochkonjunktur, das wird selbst von Gegnern vielfach zugestanden. . . . Haben sich also die Gewerkschaften, selbst die bespuderten wie die der Buchdrucker, außerstande gezeigt, die Lebenshaltung ihrer Mitglieder selbst zur Zeit einer Hochkonjunktur auf derselben Höhe zu erhalten, so ersehen wir hieraus, daß die Gewerkschaften auf Schranken ruhen, denen sie jetzt nicht gewachsen sind.

Mit diesem Hinweis auf die „Schranken der Gewerkschaftsbewegung“ soll natürlich gegen die Gewerkschaften im

Vorstandsmitglieder.

überlegt in Gemeinschaft mit den Vertrauensmännern, wie am besten Aufklärung über die Lage im Gewerbe verbreitet werden kann. Gut vorbereitete Mitgliederversammlungen, Vertrauensmännertreffen und Ausbau des Vertrauensmännersystems sind notwendig! Die Herbsttagung muß beginnen.

Interesse der sozialdem. Partei eine gewisse Stimmung gemacht werden. Das geht besonders deutlich daraus hervor, daß der Artikel sich jeden Versuches, eine beratig schwerwiegende, die Bedeutung der Gewerkschaften herabsetzende Behauptung zu beweisen, mit nichts für nichts enthält. Man muß dem „Proletarier“ unbedingt beistimmen, wenn er ein solches Verfahren als eine „aprupte Verallgemeinerung“ bezeichnet. Was den Inhalt der Behauptung angeht, so betont demgegenüber der „Proletarier“: „Gewiß ist die Lebenshaltung einzelner Arbeiterschichten während und trotz der Hochkonjunktur gesunken, aber das sind unsere Erachtens fast ausschließlich solche Schichten, die schlecht oder gar nicht organisiert waren, während umgekehrt in gut organisierten Gewerben und Industriegruppen die Lebenslage der Arbeiter nicht nur keine Verschlechterung, sondern eine zum Teil erhebliche Verbesserung erfahren hat.“ was er dann im einzelnen auf Grund der Statistik des „Korrespondenzblattes“ der Generalkommission der freien Gewerkschaften über die Lohnbewegungen im Jahre 1907 zahlenmäßig nachweist.

Danach haben 1907 1 634 361 Personen je ca. 2 Mk. Lohnhöhung pro Woche und 784 547 Personen je fast 4 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche erreicht. Da aber die Lohnbewegungen und Streiks in den 4 bzw. 3 Jahren häufig dieselben Betriebe bzw. Personen betrafen, so sei zwar die Zahl der Beteiligten geringer, die prozentuale Verbesserung der Arbeitsbedingungen aber wesentlich höher wie in obiger Berechnung. Wenn man ansetzt, daß 1 Million Arbeiter in den letzten 4 Jahren ihren Lohn um 15 bis 25 Prozent erhöht hätten, so sei das sicher eher zu niedrig wie zu hoch gegriffen. Zweifellos seien auch einzelne Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände in derselben Zeit um den gleichen Satz im Preise gestiegen, die gesamte Lebenshaltung aber sei nicht um diesen Prozentsatz verteuert worden. Dazu komme dann noch eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von rund 3 Millionen Stunden, die den Arbeitern durch keine Preissteigerung entzogen werden könne. Dies zugegeben, bleibe als Ergebnis, daß die Gewerkschaften für mindestens zwei Drittel ihrer Mitglieder in den Jahren der letzten Hochkonjunktur eine Verbesserung der Lebenslage erreicht hätten; die entgegengesetzte Behauptung des angelegenen Artikels sei also nicht nur übertrieben, sondern direkt falsch.

Diese Feststellungen hält der „Proletarier“ für notwendig, weil gewisse „Theoretiker“ sich in letzter Zeit mehr wie je angelegen sein lassen, der Welt zu beweisen, daß rückwärts gehen müsse, was vorwärts kommen wolle, und daß die Gewerkschaften sich nur dadurch vom jagenhaften Sisyphus unterscheiden, daß sie nicht merken, wie ihnen der Stein abwärts rolle. Er macht sich dann Ausführungen eines anderen Gewerkschaftsblattes zu eigen, in denen diesen sozialdemokratischen Theoretikern folgendes bezeichnendes Zeugnis ausgestellt wird:

Wenn man einen Siegeszweigschnitt in sich trägt, berührt es einen geradezu eitelhaft, fortwährend auf Leute zu stoßen, die ihre Hauptaufgabe darin erblicken, den Gewerkschaften und deren Mitgliedern klarzumachen, daß sie eigentlich gar nichts leisten könnten. Diese hochgelehrten Theoretiker, die in einigen sozialdemokratischen Zeitungen ihr Hauptversteck suchen, sprechen mit Vorliebe von den „Grenzen der Gewerkschaftsbewegung“ und von der „Unmöglichkeit der Arbeitermacht“ und des gewerkschaftlichen Kampfes. Nach jedem Mißerfolg irgend einer Gewerkschaft fliegen sie als krächzende Raben über das Schlachtfeld und verkünden Näheil. Anstatt den durch einen Mißerfolg ohnehin gebengten Proletariern neuen Mut einzufößen und sie davon abzuhalten, die Hände ins Korn zu werfen, bringen sie Verwirrung in ihre Reihen, indem sie mit Rassenphantasmen und im höchsten Grade abstruse: Alles verloren! heulen. Denn weisen sie hin auf die Macht des Kapitalismus und auf die Ohnmacht der Gewerkschaften und predigen einen hoffnungslosen Pessimismus, der fast wie ein Verhängnis auf die Führungsbüchse legt. Und wenn sie wenigstens noch ein Mittel anzugeben wüßten, womit man dem Kapitalismus entgegen zu Werke gehen könnte, als mit der gewerkschaftlichen Organisation, die sie so geringfügig bemerken. Oder ist vielleicht der Stimmzettel ein solches Wundermittel?

Treffender als es hier geschieht, kann die arbeiterschädigende Tätigkeit jener sozialdemokratischen Theoretiker, welche in den Spalten des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ ihr verderbliches Spiel treiben, nicht gebührend werden. Kommt man es aber betreten, die Klagen über die für die Gewerkschaften so nachteilige „Aufklärungsarbeit“ eben dieser Theoretiker in einem Blatt zu finden, dessen Gewerkschaft sich der Partei jener Leute mit Haut und Haaren verschrieben hat. Der von dem ungeschicklichen Einfluß gewonnener Partei-

theoretiker verschont bleiben will, der meide die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Für ihn ist der Weg zur Organisation in der christlichen Gewerkschaftsbewegung von selbst gegeben!

Buchdruckerverbands-Neutralität. Im Verband der Buchdrucker will oder kann man noch immer nicht begreifen, was unter gewerkschaftlicher Neutralität zu verstehen ist. Man lese nur folgende Notiz in Nr. 120 des Buchdrucker-„Korrespondenten“ vom 15. Oktober 1908:

„Eine Niederlage der freien Gewerkschaften zeitigten die Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse in Offenburg. Von 1045 abgegebenen Stimmen vereinigte die christliche Liste 649 Stimmen auf sich, die der freien Gewerkschaften aber nur 422. Wie es heißt, sollen die auf letzterer Seite in politischer Beziehung bestehenden Differenzen zwischen Radikalismus und Revisionismus auch ein Teil Schuld an diesem Wahlausgange haben. Wir haben noch besondere Veranlassung, dieses Wahlergebnis zu bedauern. Zur nämlichen Zeit mo die christlichen Gewerkschaften den gelben Gutenbergbund in unserm Gewerbe als den Ausbund aller gewerkschaftlichen Tugenden preisen und unsere Organisation nach allen Regeln der Demagogie verunglimpfen, fanden vier Verbandsmitglieder in Offenburg es für angezeigt, sich als Kandidaten auf die christliche Liste setzen zu lassen! Sie haben somit gegen den in Köln gefaßten Beschluß verstoßen, der ein Kandidieren für gegnerische Richtungen bei sozialen Wahlen verbietet. Da die Christlichen mit äußerster Strenge auf Stübenreinheit halten — wir erinnern nur an den seinerzeitigen Massenaustritt aus dem Gutenbergbund in Berlin wegen Sympathisierens und Agitierens für den Verband — muß auch bei uns gezeigt werden, daß Beschlüsse respektiert werden müssen.“

Mit anderen Worten heißt das: Christlich gesinnte Verbandsmitglieder, die sich im Verbands nicht wie Hundsfötter behandeln lassen, können wir nicht gebrauchen; unsere Neutralität verlangt die Unterstützung der sozialdemokratischen Bestrebungen, und wer da nicht mitmacht, der fliegt. — Eine eigentümliche Neutralität diese Buchdruckerverbandsneutralität. Es ist doch gut, daß ihr wahrer Charakter immer mehr hervortritt, ja hervortreten muß, durch Kämpfe, in die der Buchdruckerverband seitens der christlichen Gewerkschaften hineingedrängt wird, um völlige Klarheit zu schaffen. Die Zeiten, wo sich die christlichen Arbeiter derart einfließen ließen durch eine Schimpfepistel Reghauers auf die soziald. Partei, daß sie auf die Neutralität des Buchdruckerverbandes schwören, sind vorbei. Nicht mehr die Worte werden beachtet, sondern die Taten. Der Offenburger Fall beweist recht drastisch die Notwendigkeit einer christlichen Buchdrucker-Organisation, wie sie im Gutenbergbund gegeben ist.

Arbeitsnachweis und sozialdemokratischer Holzarbeiterverband. Wie der „Vorwärts“ meldet, bildet die Arbeitsvermittlung im Berliner Holzgewerbe schon seit einiger Zeit den Gegenstand lebhafter Debatten in der Zahlstelle des sozialdemokratischen Holzarbeiter-Verbandes. Es soll besonders darüber geklagt werden, daß der partiatische Arbeitsnachweis von einem Teil sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeiter nicht die wünschenswerte Beachtung findet. Neben der Vermittlung durch den partiatischen Arbeitsnachweis spielte die Besetzung von Arbeitsplätzen durch die Zeitung und durch Umgehungen immer noch eine große Rolle. Dieser Uebelstand mache sich besonders jetzt, wo eine große Arbeitslosigkeit herrsche, sehr fühlbar. Würde der Arbeitsnachweis ausschließlich benutzt, so würde, da ja hier die Zuweisung von Arbeit der Reihe nach erfolgt, die Last der Arbeitslosigkeit annähernd gleichmäßig auf die Arbeitssuchenden verteilt. So lange aber neben dem Arbeitsnachweis noch andere Arten der Arbeitsvermittlung üblich sind, wird ein gewisser Teil der Arbeiter immer bald wieder Arbeit finden, während der andere Teil um so länger unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hat. Für eine obligatorische Benutzung des partiatischen Arbeitsnachweises sind die Arbeitgeber nicht zu haben. Sie wollen sich die Möglichkeit erhalten, auch auf andere Weise die Arbeitsstellen zu besetzen. So kommt es, daß das Arbeitsuchen unter der Hand und durch Zeitungsinserate immer noch einen großen Raum einnimmt. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, soll den Mitgliedern des sozialdem. Holzarbeiterverbandes eine möglichst allgemeine Benutzung des partiatischen Arbeitsnachweises zur Pflicht gemacht werden. Mit dieser Angelegenheit hat sich kürzlich eine Vertrauensmännerversammlung beschäftigt. Sie hat auch bestimmte Grundsätze für das Arbeitsuchen aufgestellt. Dieselben sind in Form einer Resolution den Mitgliedern zur Beratung vorgelegt worden. Am 12. Oktober fanden nun in den verschiedensten Stadtgegenden acht Mitgliederversammlungen statt, in denen über die Resolution, die den folgenden Wortlaut hat, diskutiert wurde:

„Die heutige Versammlung erkennt an, daß durch das Anfragen um Arbeit, sogenanntes Umschauen, die Löhne herabgedrückt und Maßregelungen der Verbandskollegen herbeigeführt werden, daß ferner dadurch viele Kollegen materiell stark geschädigt werden und eine lange Arbeitslosigkeit durchmachen müssen. Deshalb muß es Aufgabe der Organisation sein, das Umschauen abzuschaffen und eine geregelte Arbeitsvermittlung durch den Arbeitsnachweis anzustreben.“

Da jedoch eine sofortige Durchführung solcher Maßnahmen zurzeit noch nicht möglich ist, so macht es die Versammlung den Mitgliedern zur Pflicht, daß sie nach jeder Richtung bemüht sind, eine bessere Benutzung des Arbeitsnachweises durch die Arbeiter wie Unternehmer herbeizuführen.

Ist in den einzelnen Branchen die Organisation genügend erstarkt, so sollen die Kollegen der Branche gehalten sein, unter Zustimmung der Ortsverwaltung das Umschauen zu verbieten und die regelmäßige Einstellung durch den Arbeitsnachweis zu beschließen.

Wo es noch nicht möglich ist, die regelmäßige Einstellung durch den Nachweis durchzusetzen, dort gelten bis auf weiteres folgende Regeln:

1. Beim Bedarf von Arbeitskräften ist der Arbeitgeber darauf aufmerksam zu machen, daß er die Arbeiter vom Nachweis bezieht.
2. Weigert sich der Arbeitgeber, den Nachweis zu benutzen, so sollen die Kollegen die zu besetzenden Stellen selbst besetzen.
3. Unzulässig ist es, daß von Kollegen selbst Arbeitskräfte unter Umgehung des Nachweises nach den Betrieben bestellt werden.
4. In Branchen, in denen das Umschauen durch Beschluß verboten ist, dürfen auch die Angehörigen anderer Branchen nicht durch Umschauen in Arbeit treten.
5. Jeder anfangende Kollege soll sich durch die Arbeitsnachweiskarte beim Werkstattdirektorenamt legitimieren.
6. Die Nachweise anderer Vereine sind gesperrt.

Wenn der soziald. Holzarbeiterverband bestrebt ist, seine Mitglieder zur Ordnung zu erziehen, so wird kein vernünftiger Mensch etwas dagegen haben. Uns deutet jedoch, daß die Behandlung der Arbeitsnachweis-Frage in der in der Resolution niedergelegten Form, eine größere Bedeutung hat. Daß angesichts dieser und der Bestrebungen der Arbeitgeberverbände nach Schaffung von obligatorischen Arbeitgeber-Nachweisen unsere Kollegen die Augen offen halten müssen, erscheint als etwas selbstverständliches.

Soziale Rundschau.

Arbeiterbeschäftigung und Arbeiterkraft. Von erfahrenen Sozialpolitikern ist von jeher betont worden, daß die besten Arbeiterbeschäftigungsvorrichtungen ihren vollen Zweck nicht erreichen können, wenn nicht seitens der Arbeiterkraft selbst an deren Durchführung verständnisvoll mitgearbeitet wird. Eine bemerkenswerte Bestätigung findet dieser Satz in einem Artikel im neuesten Heft (Band XXVII Heft 2) des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, in welchem der bekannte württembergische Gewerbeaufsichtsbeamte Maurat Harberg den im Frühjahr im Reichstag eingebrachten Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung bespricht und wo er ausführt:

Es ist ganz selbstverständlich, daß bei der Durchführung der vom Bundesrat erlassenen Verordnungen ohne die Mitwirkung der Arbeiterkraft diese Vorschriften ihren Zweck gar nicht oder doch nur sehr unvollkommen erfüllen. Es war von außerordentlichem Wert, daß die Arbeiterorganisationen und Krankenkassen sich von vornherein ihrer Aufgabe bewußt waren, an Hand dieser Bundesratsverordnungen aufstrebend und befreiend in Arbeiterkreisen zu wirken. Gerade die Gewerkschaften haben hier viel getan, ihre Mitglieder zu schulen und deren Forderung zu bekämpfen gegenüber den Einrichtungen und Anordnungen, die zum förmlichen Arbeiterschutz erlassen worden sind. In den Jahresberichten der württembergischen Gewerbeinspektoren hat der Verfasser dieser schon vor Jahren immer wieder auf das wachsende Verständnis für hygienischen und technischen Arbeiterschutz in den Reihen der Arbeiter selbst hingewiesen. Es sollte die Arbeiterkraft darin kräftig unterstützt werden durch Förderung ihrer Bildungsmittel, durch Vorträge, gleichgültig, wer sie hält, damit immer weitest Schichten zum Verständnis der ihren Schutz betreffenden Einrichtungen und Verordnungen erzogen werden. Nur dadurch werden die mehr oder minder berechtigten Klagen verstummen, daß der Arbeiter wenig oder nichts zur Durchführung jener körperlichen und gesundheitlichen Schutzes beiträgt.

An dieser Aufklärungsarbeit haben sich bisher in hoch anzuerkennender und selbstloser Weise die Gewerbeaufsichtsbeamten beteiligt. Auch Ärzte haben sich hier und da an Vorträgen, namentlich gewerbehygienischer Art, bereit finden lassen. Die Gewerkschaften können auf diesem Gebiete nicht genug tun!

Knollenstark. Bürstenfabrik
Ramburg (Hess.)
Fähigste und vorzüglichste Bezugsquelle für
alle Sorten Bürstenwaren
Für den Haushalt und industrielle Betriebe.
Lieferungen nach eingetragenen Marken prompt
und billig. Auftragsbestellungen auf gefälligen
Basis gerne zu Diensten.

Tischler-Fachkurse, Leipzig von Direktor **G. STREICH**
Werkmeister, Techniker, Zeichner, gesetzliche Meisterprüfung.
Anerkannt vorzügliche, einzig dastehende Lehrmethode. — Programm frei durch:
Die Direktion, Bayerschostrasse Nr. 115.

Für Schreiner!
Maximilian Hübner, ca. 60 Zimmer mit
300 Zeichnungen, 1-10 Jahrg. für Mk. 3.
Lieferpreis Mk. 15.
P. Rosal, Engisch, Düsseldorf
Grafenstraße 22

Eingelegte Fourniere
für Nähtische, Schatullen, Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs schreiben
Eustach Biller, Marqueter,
Hildesheim, Theaterstrasse 7.

Detmold.
Grösste
Tischler-Fachschule
Programm frei. Dir. Reineking.
Zum Selbstunterricht empfehle:
Die Formenlehre f. Tischler à Mk. 1.35
Die Stilllehre f. Tischler à Mk. 1.35
Zu beziehen von
Direktor Reineking, Detmold.